

Zweite Gemeinde nimmt Stellung zur «Starken Stadtregion»

# Ebikons Gemeinderat will Verhandlungen zur Fusion

Nach Adligenswil ist Ebikon nun die zweite Gemeinde, deren Gemeinderat Stellung zu den weiteren Schritten im Rahmen der «Starken Stadtregion Luzern» nimmt. Er empfiehlt den Ebikonerinnen und Ebikonern, in die Verhandlungen zu einem Fusionsvertrag einzutreten.

cs. Als Jahrzehnt- oder sogar als Jahrhundert-Projekt bezeichnete Ebikons Gemeindepräsident Josef Burri den gesamten Prozess zur «Starken Stadtregion Luzern» anlässlich einer Medienorientierung. Dann sagte er: «Der Gemeinderat hat eine klare Botschaft: Er will vorwärtsgehen und der Ebikoner Stimmbevölkerung empfehlen, in die Verhandlungen zu einem Fusionsvertrag einzutreten.» Einfach hat es sich der Ebikoner Gemeinderat mit der Entscheidungsfindung nicht gemacht. Dazu sagte Josef Burri: «Die fünf Gemeinderäte haben sich in den letzten Wochen intensiv mit dem Schlussbericht der Steuerungsgruppe auseinandergesetzt. Nach eingehender Diskussion von Risiken und Chancen hat sich der Rat für weitere Abklärungen zum Modell Fusion entschieden. Das andere Szenario Starke Kooperation führt zu Mehrkosten sowie Doppelspurigkeiten und schränkt die demokratische Mitbestimmung ein.» Dazu zeigte der Gemeindepräsident beispielsweise auf, dass die im Projekt «Starke Stadtregion» beteiligten Gemeinden in bis zu 43 Organisationen vertreten sind. «Es ist wahnsinnig, was wir dadurch in der Woche an Sitzungen haben», führte er aus.

## Definition des Status Quo

Auch die Controlling-Kommission teilt die Haltung des Gemeinderates, verlangt jedoch, dass den Stimmberechtigten der Status Quo gegenübergestellt wird. Dem wird der Gemeinderat insofern nachkommen, dass in der Botschaft zur Abstimmung vom 27. November 2011 der Status Quo erklärt wird. Der Status Quo tritt dann ein, wenn die EbikonerInnen die Verhandlungen für eine verstärkte Kooperation oder eine Fusion sowie die Stichfrage ablehnen. Entscheidet sich die Ebikoner Stimmbevölkerung

für eine der beiden Varianten, ist eine weitere Bedingung daran geknüpft: Die Stadtluzernerinnen und -luzerner müssen ebenfalls ihren Segen zu weiteren «Partnerschaften» geben, ansonsten findet das Projekt keine Fortsetzung mehr.

## Gründe für Fusionsverhandlungen

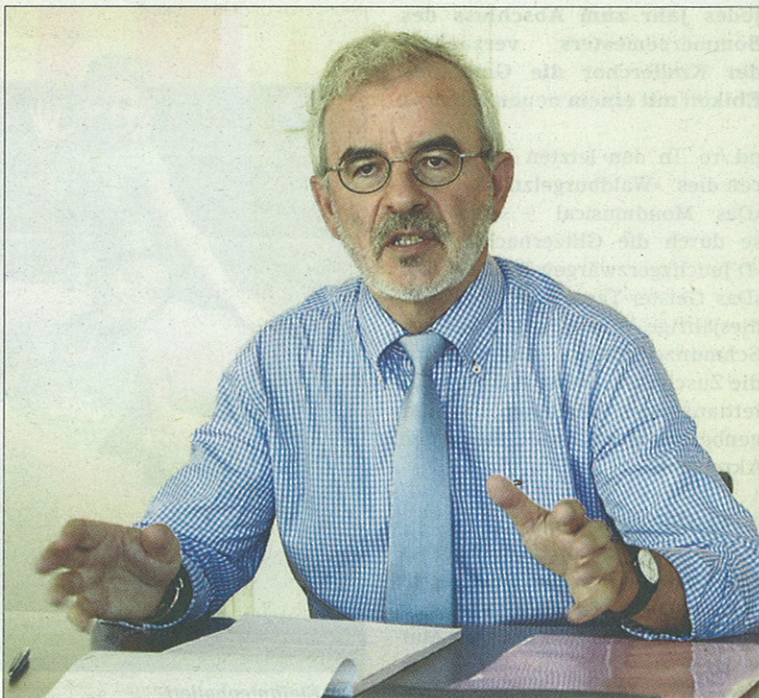
Gemeindepräsident Josef Burri begründete die Haltung des Gemeinderates unter anderem damit, dass die Grenzen zwischen Ebikon und Luzern längst verwischt seien. Er stellte ausserdem klar, dass sich der Gemeinderat nicht zu weiteren Verhandlungen für eine Fusion aus Not oder weil Ebikon ein Sanierungsfall ist, entschieden hat. «Eine mögliche Fusion prüfen wir heute aus einer Position der Stärke heraus», betonte Josef Burri. Lediglich Herausforderungen in Bereichen wie Raumplanung, Verkehr oder Altersfragen seien im Alleingang nicht mehr lösbar. Ebikons Gemeinderat vertritt auch die Ansicht, dass die Kräfte gebündelt werden müssen, um mehr Gewicht und entsprechend mehr Handlungsspielraum innerhalb des Kantons wie auch auf nationaler Ebene und insbesondere gegenüber Bern zu erhalten. Wichtig für die Ebikonerinnen und Ebikoner ist zu wissen: Wenn sie den Verhandlungen zu einer Fusion zustimmen, werden zuerst die vertraglichen Details ausgearbeitet. In drei bis vier Jahren können sie dann endgültig entscheiden, ob sie einer Fusion mit der Stadt Luzern zustimmen wollen oder nicht.

## Ängste und Unsicherheiten wahrgenommen

«Es liegt in der Natur der Sache, dass eine Fusion Ängste und Unsicherheiten auslöst. Das haben wir berücksichtigt und wollen ganz klar gewisse Grundsätze im Fusionsvertrag aushandeln», äusserte Gemeinderat Ruedi Kaufmann, zuständig für das Ressort Bildung in Ebikon. In diesen Grundsätzen ist beispielsweise enthalten, dass zur Stärkung des Quartier- und Vereinslebens eine Quartier- und Vereinspolitik formuliert wird. Der Gemeinderat Ebikon will ausserdem, dass das



Gemeinderat Ruedi Kaufmann führte die Grundsätze auf, die in einem Fusionsvertrag enthalten sein sollen.



Gemeindepräsident Josef Burri offenbarte die Haltung des gesamten Ebikoner Gemeinderates.

Bilder Claudia Surek

Parlament des neuen Gemeinwesens/der neuen Stadt aus fünf ungefähr gleich grossen Wahlkreisen besteht, um den Minderheitenschutz der ehemaligen kleineren Gemeinden zu gewährleisten. Ferner soll im Fusionsvertrag der Steuersatz festgehalten werden. Allen MitarbeiterInnen der einzelnen ehemaligen Gemeinden sollen

dieselben Chancen bei der Jobvergabe im neuen Gemeinwesen eingeräumt werden.

Das Statement den Gemeinderates Ebikon zu ihrer Haltung im weiteren Vorgehen des Projektes «Starke Stadtregion Luzern» wie auch der Schlussbericht der Steuerungsgruppe sind unter [www.ebikon.ch/Aktuell/Stärke](http://www.ebikon.ch/Aktuell/Stärke) zu finden.